

21.09.2010

Lärmschutz auch für den Rükel

SPD Wietmarschen begrüßt Bauauftrag

Grünes Licht für den Bau der zweiten Lärmschutzwand mit Photovoltaikanlage an der Bundesstraße 213 in Lohne hat nun der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wietmarschen gegeben.

Bereits im Frühsommer hatte die Gemeinde ein gleiches Projekt im Bereich der Siedlung Wilhelmstraße mit einem Investitionsaufwand von 630000 Euro realisiert. Diese Anlage wurde Ende Juni in Betrieb genommen. Um nun auch den gleichsam vom Verkehrslärm geplagten Bürgern der Siedlung Rükel Lärmschutz zu verschaffen, hat die Gemeinde Wietmarschen das zweite Projekt für diese Siedlung planen und öffentlich ausschreiben lassen.

Die Lärmschutzwand erhält eine Länge von 450 Meter und wird entlang dem vorhandenen Radweg an der B 213 in einer Höhe von 3,80 Meter gebaut. Auf einem unverschatteten Teilstück von etwa 2/3 der Gesamtlänge wird eine dreireihige Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 170 kWp installiert.

Die Gesamtinvestitionskosten betragen rund 1,1 Millionen Euro und werden zu einem Anteil von 25 Prozent von der Gemeinde Wietmarschen finanziert. Einen weiteren Anteil von 55000 Euro bringen die Anlieger der Bundesstraße, aus der Schützenstraße sowie die in der näheren Umgebung wohnenden Bürger auf. Die restlichen Kosten werden aus der Einspeisevergütung finanziert.

Für den Bau der Lärmschutzwand werden teilweise Flächen aus dem Straßenraum der B 213 und darüber hinaus Privatflächen der Anlieger in Anspruch genommen.

Die Lärmschutzwand aus Leichtbetonfertigteilen gewährleistet die geforderte durchschnittliche Lärmreduzierung von 5 bis 7 dbA. Ab Mitte Oktober wird mit den Bauarbeiten einer kombinierten Lärmschutzwand mit einer aufgeständerten Photovoltaikanlage begonnen – die Fertigstellung ist für Mitte Dezember geplant.

Bereits bei der Planung der Lärmschutzwand an der Wilhelmstraße in Lohne forderte SPD-Fraktionssprecher Hermann Nüsse, einen Lärmschutz auch am Ortsteil Rükel zu errichten.

Die Wietmarscher SPD freut sich mit den Anwohnern über Umsetzung der Forderung und die damit verbundene Steigerung der Wohnqualität.